



⇒ Moritz Fromm

Demokratietheorie ohne Zukunft? Veith Selk analysiert eine Disziplin, die ihren Gegenstand verliert

Die These von der Krise der Demokratie ist im öffentlichen Diskurs zu einem derartigen Gemeinplatz geworden, dass sie inzwischen als Hintergrundannahme fungiert. Auch im demokratietheoretischen Fachdiskurs ist das nicht anders. Kaum ein neueres Werk kommt ohne das Angebot aus, einen Weg aus »der Krise« zu bieten. Diese Entwicklung zeichnet sich bereits seit Anfang der 2000er-Jahre ab (Merkel 2015, 8f.). Die ständige Wiederholung dieses bis dato uneingelösten Anspruchs kann die eingetretene Resignation mittlerweile aber nur noch notdürftig verdecken. Konsequenterweise zeigt sich zuletzt eine qualitative Zuspitzung des Diskurses, die ihren Ausdruck darin findet, dass viele Werke nicht mehr die Krise, sondern bereits das Ende der Demokratie behandeln (bspw. Runciman 2018). Veith Selks Buch schließt im Grunde daran an, seine Analyse gilt jedoch nicht der Demokratie selbst, sondern der Paradigmakrise der Demokratietheorie. Deren Symptome sind Selk zufolge ein ins Kraut schießender Begriffsapparat, unglaubliche Beschwörungen von »mehr Demokratie« als Wege aus der Krise und eine Über-Idealisierung der empirischen Wirklichkeit. Insofern ist der Einstieg in Selks Buch – das berühmte Hegel-Zitat, wonach die Eule der Minerva ihren Flug bei einbrechender Dämmerung antrete – irreführend. Anders als das Bild suggeriert, sieht die Demokratietheorie für Selk gerade nicht klar auf den zurückliegenden Tag, sondern weigert sich, die Unvermeidlichkeit der kommenden Nacht anzuerkennen.

Ich werde zunächst Selks Argumentation rekonstruieren, wobei ich einen besonderen Fokus auf seine Hypothese einer Devolution der Demokratie lege. Sie scheint mir das Fundament der Analyse zu sein. Die

Paradigmakrise der Demokratietheorie wird danach nur in ihren Grundzügen aufgezeigt und zum Nachlesen empfohlen. Abschließend möchte ich Selks Buch aus einer Perspektive kritisch wür-

Veith Selk (2023): Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie, Berlin: Suhrkamp. 336 S., ISBN 978-3-518-30017-6, EUR 23,00.

DOI: 10.18156/eug-1-2024-rez-15

digen, die seine These nicht in Gänze für überzeugend hält.

Die Paradigmakrise der Demokratietheorie wird Selk zufolge dadurch ausgelöst, dass die angenommene Verschwisterung von Modernisierung und Demokratie unplausibel geworden ist. Implizit sei die Demokratietheorie nämlich davon ausgegangen, dass die Demokratie in einer stetigen Progression historisch voranschreitet, wobei das einmal erreichte Fortschrittsniveau gegen Rückschritte systematisch abgesichert sei (7–11). Inzwischen ist der empirische Zustand demokratischer Regime allerdings derart bedenklich, so Selk, dass diese Annahme ihre Plausibilität verloren hat (11–18). Im Gegenteil versuche die Demokratietheorie derzeit, Gründe für den allseits beobachteten *backlash* auszumachen. Damit verbunden ist die Suche nach Möglichkeiten der Re-Demokratisierung, die diesen *backlash* aufhalten können (18–20). Im Unterschied zu diesen Diagnosen geht Selk davon aus, dass sich der Zusammenhang von Demokratie und Modernisierung umgekehrt darstellt – ein Phänomen, das Selk mit dem Begriff der ›Devolution‹ bezeichnet. Devolution der Demokratie bedeutet für ihn, dass die Prozesse gesellschaftlicher Modernisierung nicht nur nicht automatisch demokratische Regime hervorbringen, sondern im Gegenteil »zentrale politische, ökonomische wie sozio-kulturelle Pfeiler der Demokratie« unterminieren (21). Die gesellschaftliche Modernisierung stürzt die Demokratie Selk zufolge also notwendig in eine Krise. Sie zerstört die »kritische Infrastruktur« moderner Massendemokratien (Müller 2021, 91).

Die Devolution lässt sich analytisch in vier Prozesse unterteilen. Erstens leide die Demokratie unter zunehmender Politisierung. Die Möglichkeit kollektiv verbindlichen Entscheidens werde von immer mehr Gesellschaftsbereichen angefordert, weil die Interdependenzen moderner Gesellschaften immer mehr Handlungen hervorbringen, die Steuerungsbedarf generieren (33f.). Gleichzeitig habe sich der Kreis der an den politischen Entscheidungen Beteiligten im Zuge einer »partizipativen Revolution« seit den 1960er-Jahren stetig ausgeweitet (31f.). Die Politisierung ist also der Effekt eines Zusammenspiels der Inklusion vormals Ausgeschlossener und der Ausdehnung des politischen Systems. Eine erweiterte Öffentlichkeit konfrontiere das politische System mit einem höheren Regelungsbedarf und damit einem höheren Legitimationsdruck (38). Dieser Legitimationsbedarf könne aber nicht gedeckt werden, weil die Verfahren und Institutionen, die diese Legitimation besorgen, selbst in den Sog der Politisierung geraten seien (37).

Der zweite Prozess der Devolution umfasst die Differenzierung und Komplexität der Politik als Folge einer systemtheoretisch verstandenen

Ausdifferenzierung der Gesellschaft (41–43). Die Politik nimmt dabei, so Selk, als *Governance* eine Netzwerkstruktur an (45f.). Gleichzeitig habe die bereits im ersten Prozess angesprochene partizipative Revolution Differenzierungseffekte. Sie erzeuge eine heterogene Bürgerschaft, die nur durch eine Politik der Differenz vertreten werden kann. Differenz und Komplexität überfordern jedoch, so Selk, die repräsentative Politik, da das parlamentarische Zentrum weder die heterogene Gesellschaft noch das netzwerkartige Regieren repräsentieren könne (47f.). Die auf das Gemeinwohl verwiesene Politik sei überfordert und erzeuge so zwangsläufig Enttäuschungen, die ihre Legitimität weiter unterminieren (50f.).

Der dritte Prozess der Devolution beschreibt die zunehmende epistemische Ungleichheit innerhalb der Bürgerschaft, die eine verhärtete Konfliktlinie zwischen global orientierten Akademiker:innen und Nicht-Akademiker:innen hervorbringt. Die Bildungsexpansion habe keine Wissensgesellschaft hervorgebracht, sondern eine »konfliktvolle Situation kognitiver Asymmetrie« (63f.). Verschärft werde diese Entwicklung noch durch die Ausdifferenzierung der Politik, die den Bürger:innen eine höhere Kompetenz abverlange (53f.). Die Potenzierung partizipativer Möglichkeiten in den Governance-Netzwerken erhöhe die Möglichkeiten, Interessen effektiv in den politischen Prozess einzubringen. Aber diese Komplexität könne epistemisch nicht eingeholt werden. Die Ungleichheit von Einflussmöglichkeiten auf den politischen Prozess vergrößere sich und gleichzeitig werde verschleiert, wer effektiv Macht ausübt. Die Politisierung verhindere zudem, dass sich die so entmachteten Teile der Bevölkerung in politische Apathie zurückziehen (65). Die Undurchsichtigkeit der Politik werde zum Skandal.

Der letzte Prozess der demokratischen Devolution ist das Ende des demokratischen Kapitalismus. Das ist jene Wirtschaftsform, die in den 30 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg die politische und sozio-ökonomische Ungleichheit im globalen Norden zumindest eingegrenzt hatte (71). Allerdings habe die Entgrenzung des Kapitalismus die Machtposition der ökonomisch Starken gegenüber den dem Nationalstaat verhafteten Demokratien gestärkt (79). Weil die Demokratien die politischen Hebel zur Eingrenzung der Ungleichheit aus den Händen verlieren, werden sie strukturell ungerecht, so die Diagnose des Autors.

Diese vier sich gegenseitig bedingenden und beschleunigenden Prozesse beschreiben einen Erosionsprozess, der für Selk die Folge der Gesellschaftsevolution ist: »Ich betrachte die beschriebenen Aspekte der Devolution [...] als Momente einer historischen Entwicklung, in der die *Fortentwicklung* moderner Gesellschaften und ihrer politischen Ver-

hältnisse einen *Niedergang* der Demokratie mit sich bringt.« (83; Herv. i.O.) Die Krise demokratischer Regime zeige sich in vier – den Devolutionsprozessen analogen – Strukturmerkmalen: Sie seien umstritten, unsteuerbar, unverständlich und ungerecht geworden (86–90).

Die Demokratie reagiere auf die Devolution mit institutionellen Veränderungen, die zwar den normativen Anspruch erheben, die Demokratie zu erhalten, diesem aber nicht gerecht werden. Weder sei das populistische Regieren demokratisch, das durch Vereinfachung der Politik die Zeit zurückdrehen möchte (92–114), noch könnten expertokratische Herrschaftsformen (114–134) oder eine partizipative Governance, die wegen der kognitiven Asymmetrie in einer »Partizipationsaristokratie« münde, dies für sich beanspruchen (134–143). Sie alle verletzen Selk zufolge auf unterschiedliche Weise die klassischen Prinzipien der Demokratie: Freiheit, Gleichheit und Solidarität (150).

Diese drei Formen des Regierens – populistisch, expertokratisch, partizipativ – werden als eine Antwort auf die Devolution verstanden, die den normativen Anspruch der Demokratie verfehlen. Eine vierte mögliche Reaktion hält Selk dabei für mindestens unwahrscheinlich: die Möglichkeit der Re-Demokratisierung (164–175). Ich komme später noch einmal darauf zurück. Argumentativ dient diese Feststellung zunächst dazu, diejenige Kritik der Demokratietheorie zu entfalten, die der Untertitel des Buches ankündigt. Die Demokratietheorie hat nämlich genau diese Re-Demokratisierung zum normativen Ziel.

Am Beispiel von drei demokratietheoretischen Modellen legt Selk dar, wie die Demokratietheorien bei ihrem Versuch scheitern, eine Re-Demokratisierung zu konzipieren. Weder das radikaldemokratische (177–194) noch das deliberative (194–218) oder eine der Strömungen des liberalen Modells (218–249) können Selk zufolge überzeugend auf die Devolution der Demokratie reagieren. An dieser Stelle soll nur die generelle Stoßrichtung der Kritik beschrieben werden, ohne auf die drei Modelle im Detail einzugehen.

Die Demokratietheorie orientiert sich mit ihrem Begriffsapparat an real existierenden Demokratien. Dabei idealisiere sie die Selbstbeschreibungen und existierenden Institutionen, um einen Maßstab für immanente Kritik zu entwickeln. Wenn aber die Selbstbeschreibung wegen der Devolution selbst zur Idealisierung werde, blamiere sich die Demokratietheorie vor der ernüchternden Empirie (292). Konzepte wie das der Volkssouveränität verlieren mit ihrem Bezug zur politischen Wirklichkeit, so Selk, auch ihren kritischen Wert für die Demokratietheorie. Die Devolution der Demokratie stürze das demokratietheoretische

Paradigma – das sich von diesen Begriffen nicht lösen könne – in einen »Prozess der Entplausibilisierung« (176, 249). Die normative Festlegung nicht nur der Demokratietheorie, sondern der gesamten Politikwissenschaft auf die Demokratie sei dabei nicht nur das Ergebnis innerwissenschaftlicher Diskurse, sondern der Disziplin politisch mit auf den Weg gegeben und durch Mittelvergabe abgesichert (252–254).

Wie reagiert eine Disziplin auf das Verschwinden ihres Gegenstandes, ohne dass sie sich von ihm lösen kann? Es ist der analytische Anspruch von Selks Buch, die gegenwärtige Lage der Demokratietheorie als eine Antwort auf diese Frage zu verstehen. Mit Thomas S. Kuhns Wissenschaftstheorie erklärt er das kontinuierliche Ausfransen des Begriffssapparats und die ständigen, teils absurd wirkenden Modifikationen der Demokratietheorie als Symptome einer Paradigmakrise (307f.).

Selk sieht die Disziplin in einer Art Realitätsverweigerung gefangen, die ihren Ausdruck in »Strategien der Demokratievergewisserung« findet. Beispielhaft dafür sei die Tendenz, noch jede Veränderung politischer Regime als Veränderung der Demokratie zu interpretieren; dies finde seinen Ausdruck in der Inflation von Demokratie-Komposita: In Pierre Rosanvillons Werken tauche beispielsweise die interaktive Demokratie, Betätigungsdemokratie, Aneignungsdemokratie, Vertrauensdemokratie, Gegen-Demokratie und die Genehmigungsdemokratie auf (269–273). Andere Strategien der Demokratievergewisserung seien eine normative Deflationierung, die im Namen der Demokratie deren normativen Mindestanspruch suspendiere (282–285), oder die kontrafaktische Beschwörung der Demokratie im Anschluss an eine pessimistische Gegenwartsdiagnose, die »Glaubensbekenntnissen« ähnele (286–289).

Die Demokratietheorie, so die These, entwirft immer komplexere Theoriegebäude, um der aufklaffenden Lücke zwischen demokratischem Ideal und empirischer Wirklichkeit zu begegnen – und verliert damit ihren lebensweltlichen Bezug. Stattdessen wäre es die Aufgabe der Politikwissenschaft und vor allem der Politischen Theorie, nach neuen, normativ attraktiven und empirisch plausiblen Legitimationsmodellen zu suchen. Die Paradigmakrise der Demokratietheorie biete ein Möglichkeitsfenster, »das Neue überhaupt denken zu können« (294f.).

Abschließend soll nun eine demokratietheoretische Replik auf Selks Buch skizziert werden. Das Fundament von Selks Kritik an der Demokratietheorie ist die These von der Devolution der Demokratie. Ob diese These zutrifft, ist letztlich eine empirische Frage. Sicher hat sie einige Plausibilität, allerdings enthält sie gleichzeitig eine konzeptionelle

Weichenstellung, welche die grundsätzliche Flexibilität des Demokratiebegriffs verkennt, die mit dessen Entwertung nicht identisch ist.

Selk legt seinem Argument das Modell liberal-repräsentativer Massendemokratien zugrunde, die sich im Laufe des 20. Jahrhunderts im Rahmen von Nationalstaaten herausgebildet haben. Das ist plausibel, weil die kritisierte Demokratietheorie sich ebenfalls in diesem Rahmen herausgebildet hat. Allerdings wird es damit bereits auf konzeptioneller Ebene unmöglich, empirische Verschiebungen demokratischen Regierens noch im Paradigma der Demokratietheorie zu verorten. Die Verbindung von Nationalstaat und Demokratie wird zur notwendigen Bedingung, weil das Modell gelungener Demokratie entlang des Nationalstaats entwickelt wird. Die Erosion des Nationalstaats erscheint somit identisch mit der Devolution der Demokratie. Politiktheoretischer Ausdruck der Devolution sind die Netzwerke der Global Governance, deren »Demokratisierung prinzipiell unmöglich« ist, weil sie »per definitionem mit den Prinzipien von Demokratie als Selbstgesetzgebung vermittels einer verfassten Bürgerschaft [...] unvereinbar« sind (167).

Hier besteht ein Bezug zu Ingeborg Maus' Kritik transnationaler Demokratie anhand des Begriffs der Volkssouveränität. Wurde das aufklärerische Ideal der Volkssouveränität Maus zufolge auch in Nationalstaaten schon verfehlt, verliert es in transnationalen Kontexten vollständig seinen kritischen Wert (Maus 2011). Anders als bei Maus ist es für Selk allerdings kein begrifflicher Ausgangspunkt, der die Demokratie auf den Nationalstaat festlegt, sondern die gesellschaftstheoretische Hypothese der Devolution ist auf diesen Ausgangspunkt verwiesen. Bei Maus ist der Maßstab des Niedergangs ein theoretisches Konzept der Aufklärung, bei Selk übernimmt diese Funktion ein idealisiertes Modell nationalstaatlicher Demokratien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Übertragen auf die vier Prozesse der Devolution heißt das: dem idealisierten Nationalstaat aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war es erstens gelungen, die Reichweite politischer Themen in einer durch Massenmedien gefilterten und konzentrierten Öffentlichkeit zu begrenzen. Zweitens war es ihm gelungen, die Komplexität der Politik durch Akkumulation von Macht bei der politischen Spitze zu reduzieren; drittens, die epistemische Ungleichheit durch den Aufbau eines Bildungssystems und die Vereinfachung der Politik in Grenzen zu halten, und viertens, die sozio-ökonomische Ungleichheit durch die Etablierung des Sozialstaats erträglich zu gestalten. All diese Leistungen werden nun durch das Entstehen transnationaler Governance-Netzwerke und

die Entmachtung – nicht Auflösung – des Nationalstaats bedroht oder sind bereits hinfällig.

Konsequenterweise sieht Selk die einzige – wenn auch theoretische – Möglichkeit der Re-Demokratisierung darin, dass Ordnungen wie die EU nationalstaatliche Institutionen auf supranationaler Ebene quasi kopieren (167–175) und zieht damit dieselbe Konsequenz wie Ingeborg Maus (Maus 2015, 184f.). Damit wird allerdings verdeckt, dass auch die Demokratisierung der Nationalstaaten mit konzeptionellen Verschiebungen verbunden war. Es ist nicht ersichtlich, weshalb dies für transnationale Demokratisierungen grundsätzlich ausgeschlossen werden kann.

Liberal-repräsentative Massendemokratien sind historisch auf keinem geraden Weg entstanden und sind mit einigen normativen Anpassungen des Demokratiekonzepts einhergegangen. Die Integration der Arbeiter:innenbewegung in die Demokratie gelang beispielsweise nicht nur durch einen sozio-ökonomischen Klassenkompromiss, sondern setzte eine Veränderung des Konzepts von Repräsentation voraus. Das Parlament musste als Ort der Repräsentation gegensätzlicher Interessen verstanden werden – eine Vorstellung, die mit dem klassischen Misstrauen gegenüber Parteien gebrochen hat, wie es beispielsweise bei Rousseau zum Ausdruck kommt (Rousseau 2020, 31f.). Könnten transnationale Mehrebenensysteme derlei konzeptionelle Verschiebungen nicht ebenfalls ermöglichen, um sich glaubwürdig als Demokratien bezeichnen zu können? Letztlich ist auch das eine historisch-empirische Frage. Es scheint mir allerdings nicht zwingend erforderlich, sie dadurch vorzuentcheiden, dass die nationalstaatlichen Demokratien der konzeptionelle Maßstab sind.

Vielleicht lassen sich grundsätzliche Konzepte der Demokratie von deren nationalstaatlicher Institutionalisierung lösen, ohne den mit ihnen verbundenen normativen Anspruch aufzugeben. Selk ist jedoch trotzdem darin zuzustimmen, dass bisherige Versuche in diese Richtung wenig überzeugend sind; und dies lässt sich mit seinem Buch auch gut begründen. Es fehlt derzeit an empirischen Belegen, die solide genug sind, damit demokratietheoretische Begriffsbildung sich an ihnen orientieren kann. Für die an der Empirie orientierte Demokratietheorie heißt das, eine Zeit zu begleiten, in der es grundsätzlich umstritten bleibt, ob politische Regime ihren Selbstbeschreibungen als Demokratien gerecht werden können (Runciman 2018, 80f.).

Lesenswert ist das Buch auf jeden Fall auch – und vielleicht gerade – für diejenigen, die an der Demokratietheorie festhalten wollen. Veith

Selks Verdienst für die Demokratietheorie besteht darin, diese daran zu erinnern, dass sie eine erfahrungswissenschaftliche Disziplin ist. Es ergibt wenig Sinn, demokratietheoretische Konzepte zu entwerfen, ohne diese in der demokratischen Lebenswelt zu verankern. Demokratietheorie ist keine Utopie, ihre immer komplexeren Theoriegebäude dürfen sich nicht als Luftschlösser erweisen, wenn sie plausibel bleiben möchte. Die Demokratietheorie ist tatsächlich eher Eule als Vorhut.

⇒ Literaturverzeichnis

Maus, Ingeborg (2011): Vom Nationalstaat zum Globalstaat oder: der Verlust der Demokratie, in: dies.: Über Volkssouveränität. Elemente einer Demokratietheorie, Berlin: Suhrkamp, 375–406.

Maus, Ingeborg (2015): Verfassung und Verfassunggebung – Zur Kritik des Theorems einer ›Emergenz‹ supranationaler und transnationaler Verfassungen, in: dies.: Menschenrechte, Demokratie und Frieden – Perspektiven globaler Organisation, Berlin: Suhrkamp, 122–193.

Merkel, Wolfgang (2015): Die Herausforderungen der Demokratie, in: ders. (Hg.): Krise und Demokratie, Wiesbaden: Springer, 7–42.

Müller, Jan-Werner (2021): Democracy Rules, London: Penguin Books.

Rousseau, Jean-Jacques (2020 [1762]): Vom Gesellschaftsvertrag – oder Grundsätze des Staatsrechts, bibl. ergänz. Auflage, hg. v. Hans Brockard, Stuttgart: Reclam.

Runciman, David (2018): How Democracy Ends, London: Profile Books.

Moritz Fromm, *1994, M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Schwerpunkt Politische Theorie (fromm@soz.uni-frankfurt.de).

Zitationsvorschlag:

Fromm, Moritz (2024): Rezension: Demokratietheorie ohne Zukunft? Veith Selk analysiert eine Disziplin, die ihren Gegenstand verliert (Ethik und Gesellschaft 1/2024: Geteilte Wirklichkeiten). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2024-rez-15> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für sozialetik

1/2024: Geteilte Wirklichkeiten

Manuela Wannemacher
Konstruktion und Kontingenz. Sozialethische Überlegungen

Katja Winkler
Selektive Kontextualisierung als Wirklichkeitskonstruktion. Das Beispiel des postkolonialen Antisemitismus

Theresa Klinglmayr
Resonanzräume schaffen: Interkulturalität zwischen machtvollen Diskursen und sozialer Praxis

Philipp Rhein
Erfahrung (in) geteilter Wirklichkeit. Drei kritische Anmerkungen zum Erfahrungsbegriff in unserer Gegenwart

Barbara Engelmann
›Schwarzer Feminismus‹ – zur Notwendigkeit und Herausforderung einer intersektionalen Perspektiverweiterung theologischer Anthropologien

Simon Reiners
(Re-)configuring Forms of Life »after the End of the World«. Encountering Rahel Jaeggi's Nature/Culture Dualism in the Anthropocene

Hendrik Stoppel
In den Höhlen der Macht. Mit Hans Blumenberg verschwörungstheoretischen Wirklichkeitsbegriffen auf der Spur